

Straßenausbaubeiträge erneut Thema



Fotos: CCO, Kreide

Wer in Göttingen Grund besitzt, muss sich mit zum Teil erheblichen Kosten an der Sanierung der an das eigene Grundstück angrenzenden Straßen beteiligen.

Der Vorstand des Vereins freute sich über die gelungene Veranstaltung (v. l.): Christina Krebs, Dr. Dieter Hildebrandt, Daniela Henkelmann und Willi Becker.

Der H + G Göttingen e.V., die Vereinigung der Göttinger Haus- und Grundstückseigentümer, hatte im April erneut zu seinem traditionellen Parlamentarischen Abend geladen. Rund 20 Ratsmitglieder und Stadtbaurat Thomas Dienberg waren der Einladung ins Holborn'sche Haus gefolgt.

Themen waren auch in diesem Jahr die Grundsteuerreform und die umstrittene Straßenausbaubeitragsatzung. Sie führt dazu, dass Eigentümer von angrenzenden Grundstücke mit zur Kasse gebeten werden, wenn in Göttingen eine Straße saniert wird.

Wie beim Parlamentarischen Abend im letzten Jahr angekündigt, hatte sich der Stadtrat zwischenzeitlich mit der Straßenausbaubeitragsatzung auseinandergesetzt. Es wurden jedoch lediglich kleine Erleichterungen für Anlieger von verkehrsberuhigten Straßen beschlossen. Bundesweit verliert die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zunehmend an gesellschaftlicher Akzeptanz. Das hat unter anderem der Bund der Steuerzahler ermittelt. In Niedersachsen hat sich aus diesem Grund das Niedersächsische Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge e. V. gegründet, dem bereits über 40 Bürgerinitiativen beigetreten sind. In

einigen Bundesländern aber auch in mehreren niedersächsischen Städten wurde die Erhebung bereits ersatzlos abgeschafft, etwa in Hannover und Northeim. Die Gründe legte der H + G-Vereinsvorsitzende Dr. Hildebrandt noch einmal dar: „Die Beiträge ausschließlich von den Immobilieneigentümern zu verlangen, wird als ungerecht empfunden, denn nicht nur diese nutzen die betroffenen Straßen, sondern auch Mieter, Pendler und die für die Straßenbaub substanz besonders schädlichen LKW und der öffentliche Nahverkehr. Zudem sind die Beitragsforderungen teilweise unkalulierbar hoch. Sie liegen zwischen vier- und sechsstelligen Euro-Beträgen – und belasten insbesondere junge Familien und ältere Immobilieneigentümer erheblich.“ Beide Gruppen könnten die Forderungen oft nicht einmal über einen Kredit finanzieren: Die erste Gruppe erhalte seit den in den letzten Jahren verschärften Kreditvergaberichtlinien für Banken keinen Kredit, die zweite Gruppe könne aufgrund ihres Alters und einer oft geringen Rente ebenfalls kein Darlehen aufnehmen.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass sich in Göttingen derzeit keine politische Mehrheit für eine Abschaffung

der Straßenausbaubeiträge findet. Helmi Bebehani (SPD) wies daraufhin, dass Göttingen trotz der momentan guten Haushaltslage in Zukunft wieder eine strenge Sparphase bevorstehen werde und daher eine Finanzierung aus dem Etat der Stadt nicht möglich sei. Hans Otto Arnold (CDU) hob hervor, dass auch eine Finanzierung über eine höhere Grundsteuer nicht möglich sei. Deren Hebesatz sei in Göttingen in den letzten Jahren bereits zweimal um jeweils 30 Prozentpunkte erhöht worden. Mehr sei nicht zumutbar. Einzig FDP und Piraten forderten eine Abschaffung.

Susanne Et-Taib, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit des Vereins, betonte, dass dem Verein an einem konstruktiven Miteinander von Immobilieneigentümern, Politik und Verwaltung gelegen sei. Allerdings sei nicht nachvollziehbar, wieso Straßenausbau in Göttingen nicht ohne Erhebung von Beiträgen finanzierbar sein sollte, während dies in anderen Kommunen sehr wohl funktioniere. Sie wies darauf hin, dass die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen nur einen äußerst geringen Anteil am Haushalt der Stadt hätten. Ein Verzicht auf sie müsse angesichts der Zahlen machbar sein. ■